„Politische Ökonomie des Populismus in Europa – Herausforderungen für Demokratie und Wohlfahrtsstaaten"
Jahrestagung der Sektion „Politische Ökonomie“ der DVPW, 30./31. März 2017, in Kooperation mit dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der HBS und den WSI-Mitteilungen, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

In fast allen Gesellschaften Europas befinden sich populistische Parteien und Bewegungen im Aufschwung. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Krisendynamiken – zunächst vor allem der Eurokrise, dann der Krise des europäischen Migrationsregimes – ist in der wissenschaftlichen Diskussion inzwischen von einer neuen Welle des Populismus die Rede. Nicht selten profilieren sich populistische Formationen durch eine scharfe Kritik der Europäischen Union und der diese kontrollierenden ökonomischen und politischen Eliten. In einigen Ländern sind sie über das Stadium des Protests gegen das Establishment aber bereits hinaus gelangt und – zuweilen in führender Rolle – an den Regierungen beteiligt.

Parallel zum Bedeutungsgewinn des Populismus hat sich auch die wissenschaftliche Erforschung und kritische Diskussion des Phänomens intensiviert. Während über manche Punkte (etwa die Charakterisierung und Klassifizierung von Organisationen) ein gewisser Konsens besteht, sind andere Aspekte eher umstritten. Die geplante Sektionstagung will sich vor allem der eher ungeklärten und kontroversen Aspekte annehmen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit verweisen hierauf unter anderem die folgenden Fragenkomplexe:

- Nachdem Populismus zunächst häufig auf seine kulturellen Ursachen zurückgeführt wurde, rücken zuletzt verstärkt die materiellen oder politökonomischen Erklärungsfaktoren in den Blick. Doch wie verhalten sich diese beiden Dimensionen zueinander?
- Ähnliches gilt für das Verhältnis von politischem Angebot (Programmatiken der Parteien) und der Nachfrage (Bedürfnisse, Interessen und Präferenzen der Wählerinnen und Wähler). Wie lassen sich diese Erklärungsbausteine aufeinander beziehen?
- Lässt sich die Hinwendung zum Populismus durch einen Mangel an Repräsentation und Responsivität erklären? Kann der Populismus auf neue Spaltungslinien (Cleavages) zurückgeführt werden?
- Welche sozialen Gruppen wählen populistische Parteien? Sind Arbeitsmarkt-Outsider, vom Rückbau des Sozialstaats oder durch die Globalisierung negativ betroffene Gruppen besonders häufig darunter? Und was bedeutet dies für die etablierten Parteien und Gewerkschaften?
- Ebenfalls ist unklar, ob und in welchem Maße die Entstehung und der Aufschwung populistischer Formationen spezifischen nationalen (etwa den Kapitalismusmodellen oder Wohlfahrtsstaaten) und/oder übergreifenden europäischen Entwicklungen geschuldet ist?
- Und schließlich besteht – ungeachtet der zunehmenden programmatischen Profilierung – noch eine größere Unsicherheit darüber, welche macht- und verteilungspolitischen Effekte der Populismus generiert und welche Implikationen sich für die tradierten Formen von Demokratie und Wohlfahrtsstaatlichkeit abzeichnen?

Die DVPW-Sektion „Politische Ökonomie“ will sich auf ihrer Jahrestagung 2017 mit diesen und anderen Fragen auseinandersetzen. Wir sind in diesem Sinne an Einreichungen interessiert, die insbesondere die politökonomischen Aspekte des skizzierten Phänomens herausarbeiten. Die Papiere können theoretisch-konzeptionell und/oder empirisch angelegt sein. Sie können auf Einzelfallstudien oder komparativen Vergleichsstudien mit kleinen oder großen Fallzahlen beruhen. Auch die Analyse nicht-europäischer Fälle ist interessant, insofern sich aus ihr Erkenntnisse für die europäischen Entwicklungen gewinnen lassen. Und letztlich

sollen auch Papiere, die sich mit den demokratie- und sozialpolitischen Folgen des Populismus und erfolgsversprechenden Gegenstrategien von Parteien, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Wirtschaftsverbänden befassen, mit in das Programm aufgenommen werden.

Die Jahrestagung findet am 30. und 31. März 2017 am WSI in Düsseldorf statt. Die Tagungssprache ist deutsch, aber Nicht-Muttersprachler werden ausdrücklich aufgefordert sich zu bewerben und sind herzlich eingeladen auf Englisch vorzutragen und zu diskutieren. Der Sektionsvorstand bittet bis zum 30. Oktober 2016 um die Einsendung von Abstracts für deutsche oder englische Papiere (max. 300 Wörter) an Hans-Jürgen Bieling (hans-juergen.bieling@uni-tuebingen.de). Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler werden ausdrücklich ermuntert, Beiträge einzureichen. Über die Zusammensetzung des Programms wird bis Ende November 2016 informiert.

Kontakt

Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling, Eberhard Karls Universität Tübingen, Institut für Politikwissenschaft, Melanchthonstr. 36, 72074 Tübingen; Email: hans-juergen.bieling@uni-tuebingen.de